

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

## Gegen-Premier stirbt bei Flugzeugunglück

Keine zehn Tage nach seiner Ernennung am 21. August ist Abdurrahim Ghaffurzai, Ministerpräsident der Anti-Taleban-Gegenregierung, bei einem Flugzeugunglück in Zentralafghanistan ums Leben gekommen. Die Maschine, die ihn mit anderen hohen Taleban-Gegnern zu Verbündeten in die Stadt Bamian bringen sollte, schoß über die kurze Landebahn hinaus. Nach widersprüchlichen Angaben kamen dabei drei bzw. sieben weitere Personen ums Leben. Darunter habe sich auch der Sprecher des von den Taleban aus Kabul verjagten Interimspräsidenten Burhanuddin Rabbani, Aziz Murad, befunden. Militärisch entscheidende Personen der Vereinigten Islamischen Front zur Rettung Afghanistans befanden sich nicht an Bord. Trotzdem ist der Absturz in zweifacher Hinsicht ein Rückschlag für die Taleban-Gegner. Zum einen beraubt er sie des Chefs ihrer erst neugebildeten Regierung. Zweitens war Ghaffurzai, ehemaliger afghanischer Botschafter bei der UNO, ein wichtiges intellektuelles Aushängeschild der ansonsten von Militärs dominierten Anti-Taleban-Allianz. Mit seinem Ansehen, das durch die Beförderung kurz vor seinem Tod noch gesteigert werden sollte, sollte er die zehntausenden afghanischen Intellektuellen, die im Exil leben und mit einer Rückkehr in ihr Land zögern, auf Rabbanis Seite und von den Taleban wegziehen.

Nach einer Meldung des iranischen Fernsehens vom 30. August einigten sich die Allianzführer Rabbani, Abdulmalik und Khalili auf den bisherigen UN-Botschafter Abdulghaffur Rawan Farhadi als neuen Regierungschef.

## "Jein" der Taleban zum Drogenanbau

Auf Druck der UNO und der USA haben die Taleban Ende August ein Dekret herausgegeben, das Anbau, Verkauf und Verwendung von "Haschisch und Heroin" verbietet und bei Zuwiderhandlung Strafen androht. Der Begriff "Opiummohn" allerdings kommt darin nicht vor. Indessen stieg die diesjährige Opiumernte in Afghanistan noch stärker als erwartet. Nach Angaben des UN-Drogenkontrollprogramms (UNDCP) in Islamabad von Mitte September sei sie

um ein Viertel auf 2.800 Tonnen gestiegen (1996: 2.200 Tonnen). Bisher hatte die UNO eine Rekordernte von 2.500 Tonnen erwartet. 96 Prozent der in Afghanistan hergestellten Drogen sollen den Angaben nach aus den Taleban-Gebieten stammen. Insgesamt werde auf 58.000 Hektar Land Opiummohn angebaut, 200.000 Familien lebten davon.

## Schulbesuch für Rückkehrkinder

Das Zugeständnis, daß afghanische Heimkehrer aus den Flüchtlingslagern in Pakistan auch ihre Töchter zur Schule schicken können, hat das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) den Taleban abgerungen. Das teilte deren Vertreter in Kabul am 6. September mit. Damit sei ein Hindernis beseitigt worden, das der Rückkehr von 182.000 afghanischen Flüchtlingen nach Ostafghanistan bisher im Wege gestanden habe.

## Taleban-Amnestie mit Fragezeichen

Anläßlich des einjährigen Jubiläums ihres Einzugs in die afghanische Hauptstadt Kabul am 27. September verkündeten die Taleban eine Amnestie. Allerdings wurde nicht bekannt, auf welchen Personenkreis bzw. auf welche Straftaten sich der Erlaß bezieht.

## EU-Kommissarin festgesetzt

Die für Menschenrechtsfragen zuständige EU-Kommissarin Emma Bonino, die am 29. September als erster höherer Besuch aus dem Westen das von den Taleban beherrschte Kabul besuchte, hat dort zu spüren bekommen, daß diese nichts von ihrem fundamentalistischen Anfangseifer verloren haben. Als sie mit ihrer Begleitung aus Diplomaten, Mitarbeitern von Hilfsorganisationen und Journalisten, darunter die persischstämmige CNN-Spitzenkriegsberichterstatterin Christiane Amanpour, ein Frauenkrankenhaus besuchte und die Journalisten begannen, ohne Erlaubnis Videos zu drehen und Fotos zu schießen, wurde die 18köpfige Gruppe kurzerhand von der Taleban-Religionspolizei ("Abteilung für die Bekämpfung der Sünde und zum Schutz der Tugend") drei Stunden lang festgesetzt. Währenddessen wurde Bonino sogar mit einer Kalashnikow bedroht, einige Mitglie-

der ihrer Begleitung mit Kolbenschlägen traktiert. Die Taleban entschuldigden sich anschließend. Es habe sich um eine nicht angeordnete Aktion Einzelner gehandelt. In Brüssel hieß es, man wolle den Vorfall nicht hochspielen. Man hoffe, daß die Affäre damit abgeschlossen sei. Für die Einstellung der EU-Hilfe - die Gemeinschaft ist mit bisher 70 Millionen Mark größter Geber humanitärer Hilfe für Afghanistan - gebe es keinen Grund.

## Taleban bestreiten Diskriminierung

Der von den Taleban als neuer Botschafter zu den Vereinten Nationen entsandte Abdulhakim Mujahid hat in Washinton behauptet, Frauen könnten in Afghanistan frei und ohne Probleme leben. Es sei auch falsch, daß Frauen Bildung und Berufstätigkeit verwehrt werden, wird in einem Bericht der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur IPS vom 1. Oktober zitiert. Mujahid habe sich auf einen Bericht der schwedischen Nichtregierungsorganisation 'Committee' berufen, demzufolge in den Taleban-Gebieten 422 Jungen- und 125 Mädchenschulen sowie mehr als 800 Schulen für beide Geschlechter funktionierten. IPS zitierte auch eine US-Sprecherin der Taleban namens Laila Helms, derzufolge sich die Lage der Frauen insbesondere in den ländlichen Gebieten unter den Taleban deutlich verbessert habe. Mit finanzieller Unterstützung Norwegens wollen die Taleban nach ihrer Aussage auch in Kabul wieder Mädchenschulen eröffnen.

## Neun von zehn Kindern traumatisiert

90 Prozent der afghanischen Kinder befürchten, noch vor ihrem 18. Lebensjahr durch den Krieg zu sterben. Der größte Teil von ihnen habe das Gefühl, daß ihr Leben keinen Wert mehr habe. Das geht aus einer Studie hervor, die das UN-Kinderhilfswerk UNICEF erarbeitete und am 7. Oktober in New York vorstellte. UNICEF-Direktorin Carol Bellamy sagte bei dieser Gelegenheit, daß die Kinder in Afghanistan durch den Krieg seelische Wunden davontrügen, die ebenso gravierend seien wie die körperlichen Schäden. Zwei Drittel der in Kabul befragten Kinder und Jugendlichen zwischen drei und 18 Jahren gaben an, daß sie unter ständiger Angst

lebten. Die Mehrheit leide unter Alpträumen. 72 Prozent von ihnen verloren zwischen 1992 und 1996 bei den Kämpfen einen Angehörigen, bei 40 Prozent war es mindestens ein Elternteil. Etwa die Hälfte von ihnen sah Menschen bei Raketen- oder Artilleriebeschuss sterben, zwei Drittel hatten verstümmelte Leichen oder Leichenteile entdeckt. Etwa die Hälfte der befragten Kinder äußerte als Berufswunsch Arzt oder Lehrer. Die Studie war von den Niederlanden finanziert worden und von der Psychiaterin Laila Gupta verfaßt worden. Derzeit schult UNICEF 15 Psychiater speziell für die Arbeit mit Kindern in Afghanistan. Das UN-Kinderhilfswerk hat wegen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen durch die Taliban alle Bildungsprojekte in Afghanistan eingestellt, von denen sie ausgeschlossen bleiben.

Laut dem UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder 1996 hat Afghanistan weltweit die fünfthöchste Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren: 257 von 1000. Dazu trügen die zehn bis fünfzehn Millionen im Land verlegten Landminen bei. Während Erwachsene bei Minenexplosionen meist verstümmelt würden, kämen Kinder dabei meist ums Leben.

## "Nur mit der Peitsche"

Die Religionspolizei der Taliban hat Berichten widersprochen, wonach Strafen wegen der Verletzung von ihnen erlassener religiöser Vorschriften mit gefährlichen Instrumenten wie Stahlseilen oder Gürteln vorgenommen würden. Bei Zuwiderhandlungen würden "nur zwei Hiebe mit der Peitsche" ausgeteilt, so der Chef der Polizeitruppe, Maulawi Kalamuddin, am 11. Oktober in Kabul. Er zeigte Journalisten eine etwa 50 Zentimeter lange Lederpeitsche, die dazu diene, Delinquenten etwas "Druck" zu machen.

## Öffentliche Hinrichtung

Vier Männer sind am 13. Oktober in zwei Gruppen auf zwei öffentlichen Plätzen in der Hauptstadt Kabul von den Taliban gehängt worden. Sie sollen Bestechungsgelder der Taliban-Gegner angenommen und Frontpositionen "an den Feind" verraten haben.

## Botschaft online

Der ehemalige Vertreter des vertriebenen "Interimspräsidenten" Burhanuddin Rabbani an der afghanischen Botschaft in Washington, Yar Muhammad Muhabbat, hat am 14. Oktober angekündigt, daß jetzt eine "Online-Botschaft" im Internet eingerichtet würde.

Die US-Regierung hat die Botschaft am 14. August geschlossen, weil der von den Taliban entsandte neue Geschäftsträger und der Rabbani-Vertreter darübereinstimmen, wer Kabul in den USA repräsentiere.

Die Adresse:  
www.afghangovernment.com.

## Vorwürfe an Teheran

Der stellvertretende Innenminister der Taliban, Mullah Khaksar, hat nach einer Meldung der 'Voice of America' (VOA) Iran beschuldigt, die gegnerische Allianz weiter mit Waffen zu beliefern. VOA meldete am 17. Oktober, Khaksar habe Teheran vorgeworfen, in den letzten Tagen Waffen für eine halbe Million Dollar an den afghano-usbekischen Milizführer Abdurrahman Dostum geliefert zu haben. Er wandte sich mit der Forderung an den neuen iranischen Staatspräsidenten Hojjatolislam Seyyed Mohammad Khatami, diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzustellen. Erst am 14. Oktober soll Khaksar AFP zufolge einen Angriff auf sein Fahrzeug, das unter Beschuss geraten sein soll, nördlich von Kabul nur "schwer verletzt" überlebt haben. Das Taliban-Hauptquartier im südafghanischen Kandahar hatte eine Verletzung des 40jährigen Khaksar, der das Amt seit der Einnahme Kabuls bekleidet, bestätigt.

## Minenopfer in Thüringen behandelt

Die Behandlung eines afghanischen Jungen, der durch eine Mine beide Hände verlor, steht in Thüringen kurz vor dem Abschluß. Wie der Direktor des Marienstifts Arnstadt, Jürgen Friedrich, am 14. Oktober mitteilte, seien seit April in mehreren Operationen die Unterarmknochen des 9jährigen Rashid umgebildet worden, um ihm wieder das Greifen zu ermöglichen. Die Behandlung in der Spezialklinik hatte die Oberhausener Initiative "Kinderdorf international" angeregt. Die Kosten der Operation müssen durch Spenden gedeckt werden (Kto.-Nr. 1810000218, Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, BLZ 84051010, Stichwort "Rashid").

## Platz vier in der Asylstatistik

Mit 3.066 Antragstellern auf politisches Asyl in der Bundesrepublik in den ersten acht Monaten 1997 rangierte Afghanistan auf Platz vier der deutschen Statistik hinter der Türkei, Irak und Jugoslawien. Das geht aus einer Mitteilung des Bundesinnenministeriums vom 4. September hervor. Auch illegale Einreiseversuche von Afghanen gehen weiter. Am 5. September wurden im Kreis

Dahme-Spreewald (Brandenburg) acht Afghanen ohne Ausweispapiere festgenommen, darunter vier Kinder. In einem Bericht eines siebenköpfigen Forscherteams, der Ende September auf einem Kongreß in Wien vorgestellt wurde und der die Auswirkungen des deutschen Asylverfahrens auf unbegleitete Flüchtlingskinder u.a. aus Afghanistan untersucht, wurde festgestellt, daß die Kinder so sehr unter den asylrechtlichen Bestimmungen litten, daß sie ihre in den meisten Fällen vorliegenden Kriegstraumatisierungen nicht verarbeiten können. Die Symptome des "Post-Traumatic Stress Disorder" träten besonders und wiederholt im Zusammenhang mit Behördenterminen auf. Der Umgang mit den Kindern widerspreche der UN-Kinderrechtskonvention.



## südostasien informationen

### Südasien und Südostasien

Heft Nr. 3/97

**aus dem Inhalt:**  
Indien und Südostasien  
Indiens gegenwärtige Beziehungen zu  
Vietnam und Thailand  
Indiens vorkoloniale Beziehungen zu  
Malaya  
Indisierung und das laotische Leben

**außerdem:**  
– Soziale Hypotheken der ASEAN-  
Erweiterung  
– Kambodscha: Pol Pot und der Putsch  
– Politische Atmosphäre in Indonesien

Schwerpunkt des nächsten Heftes:  
Philippinen in Südostasien

erscheinen vierteljährlich Einzelheft: 72 S. Prel.: DM 9,- (zzgl. Porto) Jahresabonnement: DM 36,- für Einzelpersonen DM 72,- für Institutionen	erhältlich bei: <b>Südostasien Informationsstelle</b> Bullmannau 11 D-45327 Essen Tel.: 0201/830 38-18 Fax: 0201/830 38-19 E-Mailing im Internet: seainfo@geod.geonet.de
---	---

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491  
Post giro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1746-460